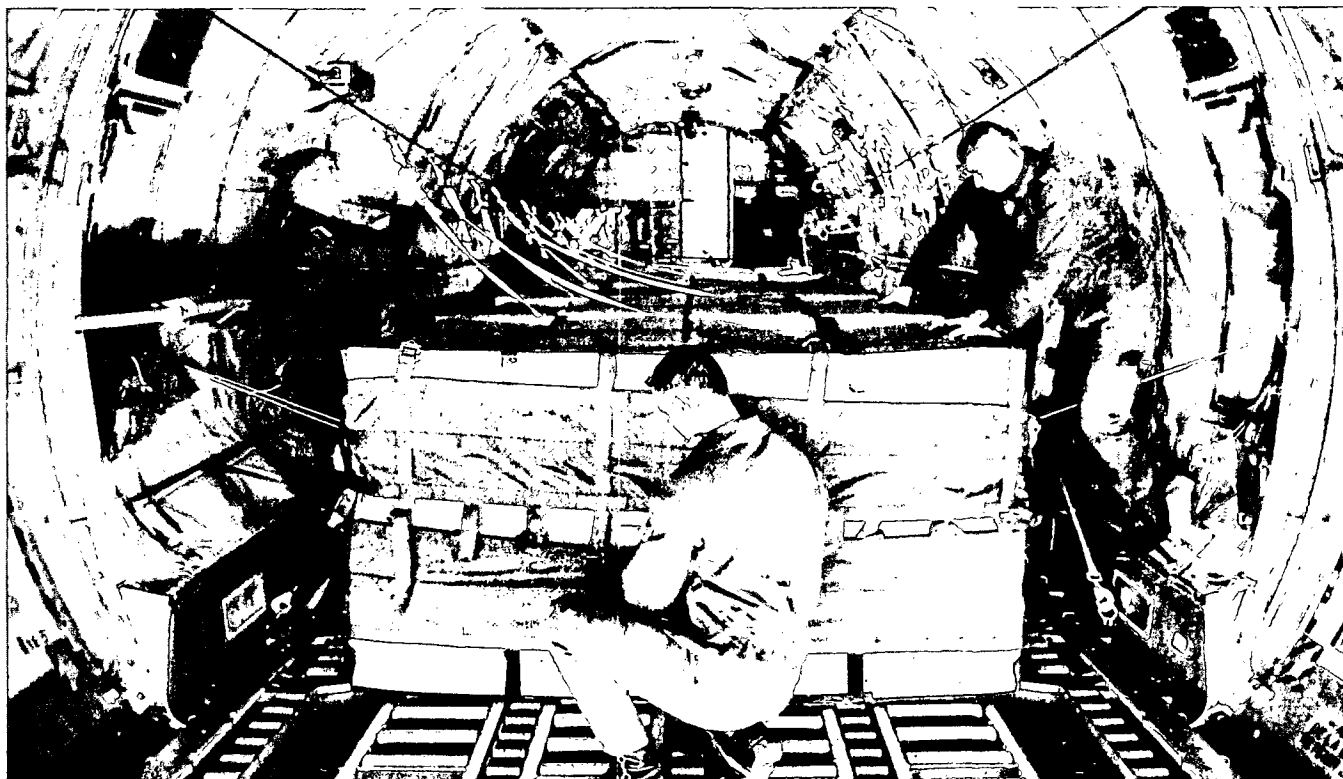




Soldaten beim Verladen von Lebensmitteln (in Frankfurt): Angst vor Vergeltung der Serben

Der verkannte Kriegseinsatz

Die humanitären Hilfsflüge deutscher Soldaten sind viel gefährlicher als Awacs-Aktionen

Nach der Landung, frühmorgens in Frankfurt, bleibt dem Hauptfeldwebel der Bundeswehr nur noch eine müde, ironische Geste. Demonstrativ hält er seine Fallschirmausrüstung und die Splitterschutzweste, die ihm bei Beschuß durch serbische Flugabwehr das Leben retten sollen, den Journalisten entgegen: „Anzuziehen beim humanitären Einsatz.“

Ein anderer Soldat, ebenfalls vom Landsberger Lufttransportgeschwader 61 und bereits bei den Hilfsflügen der Bundeswehr nach Sarajevo dabei, sagt: „Für uns ist das kein humanitärer Hilfsflug, für uns ist das ein Kriegseinsatz.“

Die Bundeswehrflieger empfinden ihre Situation als grotesk. Über deutsche Soldaten in Awacs-Maschinen, die weitab und ungefährdet von den serbisch-bosnischen Kämpfen fliegen, entzweit sich selbst die Regierungskoalition. Dagegen sind die Flüge nach Bosnien, bei denen jeden Tag Abschuß und Tod drohen, nur Randthema. Anlaß höchstens für beiläufige Danksagungen.

Seit Sonntag voriger Woche beteiligen sich die Deutschen – ebenso wie Franzosen – an den amerikanischen Hilfsflügen über Ostbosnien. Jede Nacht werfen sie gemeinsam fast 50

Tonnen Lebensmittel und Medikamente über dem von Serben belagerten Srebrenica und anderen Orten ab.

Während Nato-Generalsekretär Manfred Wörner das deutsche Engagement am Donnerstag vergangener Woche vor der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik in Bonn ausdrücklich pries, vermied der Verteidigungsminister vor demselben Publikum deutliche Worte. Nur am Rande erwähnte Volker Rühe (CDU) „die vorbildlichen Leistungen“ deutscher Soldaten bei humanitären Uno-Aktionen – in Somalia, Kambodscha, Irak und Bosnien.

Serbische Drohungen zeigen Wirkung. Rühe will jede weitere Provokation vermeiden.

Kaum hatte das Bonner Kabinett vor zwei Wochen beschlossen, die Amerikaner mit Transall-Transportern zu begleiten, ging es los: Wenn sich die Deutschen, die im Zweiten Weltkrieg in Jugoslawien auch Serbien okkupierten, an der Hilfsbrücke beteiligten, drohte der bosnische Serben-General Ratko Mladić, „werden wir alle Maschinen abschießen“.

Die Vereinten Nationen waren beeindruckt, die deutsche Hilfe kam ins Stokken. Zwar wurden Amerikaner, Franzosen, Kanadier und Briten beim Uno-Ge-

neralsekretär vorstellig. Sie protestierten scharf gegen die Serben-Drohungen und drängten darauf, die Deutschen nicht auszugrenzen. Doch Butros Ghali zögerte – auch aus Angst vor größeren Vergeltungsaktionen gegen seine Uno-Helfer.

„Endlich waren wir mal in der Situation“, sagt ein Ruhe-Vertrauter, „daß wir der Uno etwas angeboten haben und die sich schwertaten, die Hilfe anzunehmen.“

Während die deutschen Transportmaschinen auf dem Frankfurter Flughafen in Wartestellung gingen, verhandelten Uno-Beauftragte dort mit serbischen Beobachtern, die jeden Hilfsflug vor dem Start kontrollieren. Parallel sondierten Ghali's Leute in Belgrad und Bosnien, um serbische Sicherheitsgarantien für die Hilfsflüge zu bekommen.

Erst am Sonntag voriger Woche erteilte die Uno Starterlaubnis. Es gebe, so teilte ein Uno-Mitarbeiter in New York mit, keine Abschußdrohung mehr. Die Serben hätten sich von den Mladić-Beschimpfungen distanziert. Auf dem Flug vom indonesischen Jakarta zum australischen Cairns übermittelte Klaus Kinkel (FDP) sein Okay. Der Außenminister telefonisch zu Rühe: „Wir fliegen.“

Noch am Sonntag abend, mit dreitägiger Verspätung, ging der erste multinationale Flugkonvoi in die Luft. Jede Bundeswehrmaschine schleppt zehn Paletten mit jeweils rund 450 kleinen Lebensmittelpaketen mit. Während früher bei USEinsätzen ganze Paletten abgeworfen wurden, die mit hoher Geschwindigkeit am Boden auftreffen und damit die Hilfesuchenden gefährden, regnet es nun Essen.

Sofort nach dem Abwurf lösen sich die Kisten in 700 Gramm schwere, speziell verschweißte Päckchen auf, die einzeln zu Boden segeln. Sie landen in einem Feld von 200 mal 400 Meter Größe. Die Gefahr, so ein Bundeswehroffizier, „daß es beim Kampf um die Care-Pakete zu Mord und Totschlag kommt, ist damit viel kleiner“.

Das Bonner Geld für die Hilfsgüter stellt das Auswärtige Amt, doch noch liegen Außen- und Verteidigungsminister im Streit, wer die Flugkosten zu zahlen hat. Rühe verweist auf seine Finanzprobleme, und auch Kinkel hält sich mit Zusagen zurück: „Unsere Mittel für humanitäre Hilfe sind schon arg strapaziert“, sagt ein AA-Beamter. Von den 70 Millionen Mark, die für 1993 im Etat stehen, seien bereits 50 Millionen verbraucht.

Die geringsten Kosten verursachen die fliegenden Soldaten. Sie bekommen lediglich 33 Mark pro Tag zusätzlich – als Aufwandsentschädigung für den Aufenthalt in Frankfurt. Im Hauruckverfahren waren die Crews knapp zwei Wochen lang auf die Flüge vorbereitet worden.

Ihre Transall-Maschinen sind mit zusätzlichen Schutzsystemen gegen gegnerische Flugabwehr ausgerüstet worden. Sobald sich eine feindliche Rakete nähert, wirft die Transall Stanniolstreifen, Glasfasern und brennende Kartuschen ab. Diese Maßnahmen stören und täuschen die Steuerung der Rakete. Ein Ausweichen der behäbigen Transportmaschine wäre kaum erfolgreich.

Die Reihenfolge, in der die deutschen, französischen und amerikanischen Maschinen fliegen, wird jeden Tag geändert. So soll das gezielte Herausschießen einer deutschen Maschine unmöglich werden. Jeder Serben-Angriff auf eine US-Maschine könnte zudem massive Vergeltung der Amerikaner provozieren. Der amerikanische Präsident Bill Clinton soll seine Militärs angewiesen haben, die Planung für Luftangriffe auf serbische Stellungen in Bosnien zu beschleunigen.

Doch bei den deutschen Soldaten fliegt die Angst weiter mit. Sie haben das Gefühl, daß ihr Einsatz von Politikern und Bürgern verkannt wird. Ein Luftwaffenoffizier vorige Woche beim Flug über Bosnien: „Wir sind doch hier wie Schießbudenfiguren.“

daß eine Verfassungsänderung für den deutschen Awacs-Einsatz nicht erforderlich sei. In diesem Fall könne eine Fraktion aber nicht schlüssig behaupten, sie sei übergangen und insoweit in ihren Rechten verletzt worden.

Die Verletzung von Rechten sei schon deshalb „zweifelhaft“, schrieb die Justizministerin, weil sich die Bundesregierung im „völkerrechtlich vorgegebenen Rahmen der Verträge gehalten“ habe. Der Nato-Vertrag statuiere „für die Vertragspartner ausdrücklich die Pflicht zur Beachtung der UN-Satzung“.

Die Bundesregierung, so das Fazit, sei „nach geltendem Verfassungsrecht das entscheidungsbefugte Organ“. In der Verfassung sei „weder ausdrücklich noch implizit geregelt“, daß die Einsätze der Bundeswehr regelmäßig der Mitwirkung des Parlaments bedürfen.

Das genau ist das Problem: Das Grundgesetz, geschaffen in einem entmilitarisierten Deutschland, läßt Lücken. Und weil sich die Koalitionspartner nicht einigen können, sollen Richter die Lücke schließen.

Union und FDP haben sich nur für den Fall verständigt, daß Karlsruhe eine einstweilige Anordnung erläßt: Egal ob das Gericht dem kleinen oder dem großen Partner recht gibt, daran werden sich, selbstverständlich, beide halten.

Doch was passiert, wenn Karlsruhe nicht entscheidet? Kinkel: „Wir haben vereinbart, dann muß neu nachgedacht werden.“

* Während eines Telefonats mit FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff am Donnerstag vergangener Woche.

Und wenn die Regierung weiter nachdenkt, die 14-Tage-Frist aber abgelaufen ist und die Nato den Einsatzbefehl gibt? Kinkel: Wenn der Kanzler vor einer Entscheidung aus Karlsruhe deutsche Soldaten an Bord der Awacs-Maschinen lasse, „dann gehe ich“.

Und die Justizministerin mit ihm: „Dann gehe ich am Rhein spazieren.“

Für die bisher ernsteste Krise der länger als zehn Jahre währenden christliberalen Partnerschaft gibt es nach FDP-Meinung einen Hauptschuldigen: Wolfgang Schäuble. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion habe bewußt die Konfrontation gesucht – mit der FDP und mit dem Kanzler.

„Wir fragen uns, was dahintersteckt“, beschreibt Wohnungsbauministerin Irmgard Schwaetzer (FDP) die Stimmung. Schäuble als Kanzler einer Großen Koalition, weil er Helmut Kohl nicht mehr zutraut, die Wahl 1994 zu gewinnen?

Auch Schäubles liberaler Kollege Hermann Otto Solms wird kritisiert. Bei Parteifreunden steht er schon lange im Verdacht, er halte eine Verfassungsänderung für überflüssig, deswegen habe er zu früh der Union nachgegeben.

Die Unionschristen keilen zurück, Kinkel habe sich von Anhängern seines Amtsvorgängers, den „Genscheristen“ in Außenamt und Fraktion, „einmauern“ lassen, höhnten Gehilfen des Wehrministers. So habe er sich selbst und seine Partei in eine „Sackgasse“ manövriert. Wider eigene Überzeugung halte der designierte Liberalenführer „flammende Reden“ für ein Votum der



Außenminister Kinkel (in Neuseeland)*: „Dann muß neu nachgedacht werden“